



Fraktion im Rat der Stadt Ronnenberg

Haushalt 2010

Verabschiedung am 16. Dezember 2009

Rede der Vorsitzenden der CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Ronnenberg

Stephanie Harms

Es gilt das gesprochene Wort.

INHALT

	Seite
1 Einleitung	3
2 Überprüfung der Investitionen	3
3 Verschuldung	5
4 Einsparung bei Politikern	6
5 Keine Steuererhöhung	6
6 Ehrenamt	7
7 Teilneubau Marie Curie Schule	7
8 Bestattungswesen	8
9 Berliner Straße	8
10 Verschlinkung der Verwaltungsspitze	8
11 Personalkosten (Möglichkeiten der Reduzierung)	9
12 Überprüfung Verwaltungsabläufe	9
13 Ideenmanagement	9
14 Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit	9
15 Stärkung der Familie	9
16 Grundschulen zur Ganztagschule	10
17 Keine Übernahme der Sportstätten durch Sportvereine	10
18 Freibad	10
19 Spielplätze	10
20 Büchereien	11
21 Ausblick und Danke	11

1 Einleitung

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
geehrte Damen und Herren des Rates, der Ortsräte und der Verwaltung,
Vertreter unserer lokalen Presse und
Besucher der heutigen Ratssitzung,

etwas ist anders. Nach acht Jahren, steht nun nicht wie gewohnt Manfred Bohr vor Ihnen, sondern ich werde erstmals als Fraktionsvorsitzende der CDU Ronnenberg zu Ihnen sprechen.

Manfred Bohr kann heute leider aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Ratssitzung teilnehmen. Wir wünschen Manfred Bohr alles Gute und insbesondere, dass er schnell wieder gesund wird.

Unser Dank gilt allen Steuerzahlern, den Unternehmen aller Branchen, die sich für unsere Stadt entschieden haben und damit für Steuereinnahmen sorgen. Nicht zu vergessen auch die Arbeitgeber, die keine Gewerbesteuer zahlen, aber in unserer Stadt Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen und durch ihren hohen persönlichen Einsatz auch sichern sowie allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für ihren Fleiß bzw. für die Lohn- und Einkommensteuer.

„Wir haben seit einer ganzen Reihe von Jahren nicht in einer so ernsten Periode in der Welt gelebt, wie wir jetzt leben. Ich glaube verpflichtet zu sein, Ihnen zu sagen, wie ernst die Lage ist. Es sieht sehr ernst aus.“

Dies war kein aktuelles Zitat, sondern es stammt aus dem Jahr 1957, und es war eine Aussage des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauers und es passt gut in unsere Zeit.

Durch die Aufstellung des vierten Haushalts nach Einführung der Doppik hat sich die wirtschaftliche Lage der Stadt Ronnenberg nicht verändert. Sie wird vielmehr anders, transparenter und umfassender dargestellt.

2 Überprüfung der Investitionen

Wir haben, wie Sie alle wissen, eine katastrophale Finanzsituation. Allein der Ergebnishaushalt zeigt einen Fehlbetrag von mehr als 6,4 Mio. €! Und auch der korrigierte Fehlbetrag beträgt immerhin noch 5,4 Mio. €!

Es sind daher alle, die Verantwortung tragen, ob von der Verwaltung oder dem Rat, aufgefordert – nein, sie sind alle verpflichtet – Ausgaben zu minimieren. Entsprechende Vorschläge können ggf. drastisch, für manche bitter oder für manche auch schmerzhaft sein und für Empörung sorgen, selbst wenn sie nur 0,0004 Prozent des aktuellen Defizits ausmachen.

Das hatte zumindest der Bürgermeister flugs errechnet, aber dazu später mehr.

Wie jedes Jahr befassen sich die Fachleute in der Verwaltung – ich sage mit Anerkennung: die Spezialisten – über Monate mit dem Aufstellen des jeweiligen Haushaltsplans. Sie kennen ihn im Detail und können jede einzelne Ausgabe und Investition beurteilen. Sie können auch schnell - zumindest ungleich schneller als es bei rund 1.000 Seiten der Rat vermag – aufzeigen, wo noch „Speck auf den Rippen“ sitzt.

Und - sind wirklich alle Investitionen gleich wichtig? In Abteilungen oder Fachbereichen ist es eigentlich üblich, dass eine „Prioritätenliste“ vorliegt. Sollte in Ronnenberg so etwas nicht vorliegen?

Gemeinsam mit der FDP hatten wir daher einen Antrag gestellt mit der Bitte, die beabsichtigten Investitionen hinsichtlich Umfang, Standard und Zeitpunkt nochmals kritisch zu durchleuchten.

Angestrebtes Ziel waren Einsparungen von rund 640.000,00 €, d.h. natürlich als Summe auch unterschiedlichster Einzelansätze!

Von uns Kommunalpolitikern erwarten Sie, dass wir in wenigen Wochen in unseren Freizeit- und Abendstunden den Haushalt vollständig analysieren.

Haushaltsrede der CDU-Fraktion Ronnenberg am 16.12.2009

Sie sollten, wenn möglich, denkbare Einsparungen bereits zu den einzelnen Ausschüssen aufzeigen, um schnellstmöglich zu einem gemeinsamen Konsens zu kommen.

Was wurde uns dort jedoch angeboten? Nichts! Rein gar nichts!

Begründet wurde dies vom Bürgermeister mit der Aussage, man könne in der kurzen Zeit den Haushaltsplan doch nicht noch einmal aufstellen!

Wer hatte denn das gefordert?

Die SPD reduzierte ihren Kommentar auf den Begriff „Rasenmäher-Antrag“ und unterstellte uns eine „Rasenmäherkürzung“.

Diese Reaktionen können skeptisch machen oder nur verwundern! Unser Antrag war kurz, die Begründung (eigentlich) leicht verständlich. Ich möchte daher davon ausgehen, dass Ihnen, Herr Bürgermeister, und Ihnen meine Damen und Herren von der SPD, es aus vorweihnachtlichen Gründen einfach an Zeit mangelte, sich näher mit dem Antrag zu befassen.

Sei es drum. Wir haben den Antrag offiziell zurückgezogen, er war wohl zu ungewöhnlich. Bereits die Überschrift hat Sie offenkundig erschreckt, vielleicht sogar gelähmt? Das tut uns leid – zumindest ein wenig...

Den Inhalt unseres Antrages, d.h. die Bitte – unter Auslegung strengster Maßstäbe –, weitere Einsparungsmöglichkeiten zu untersuchen und auch aufzuzeigen, halten wir natürlich aufrecht.

Und, meine Damen und Herren von der SPD, Sie dürfen sich unserer Bitte gerne anschließen!

Ihrer Forderung, doch von unserer Seite Einzelvorschläge zu machen, sind wir sofort nachgekommen. Gefragt haben wir unter anderem:

- Warum muss ausgerechnet jetzt eine Neuausstattung des Sitzungszimmers im Rathaus für 40.000,00 € erfolgen?
- Warum sind Kosten für ein Gutachten für ein Seniorenkonzept in Höhe von 25.000,00 € erforderlich? Warum kann die Stadt dies nicht selber? Warum können die Senioren vor Ort nicht eingebunden werden?
- Warum müssen zur ständigen Raumluftüberwachung 40 CO₂-Ampeln für Klassenräume in Höhe von 10.000,00 € für eine Testphase angeschafft werden? Warum reichen für eine Testphase nicht maximal 10 Ampeln, zumal sie mobil einsetzbar sind? Warum ist überhaupt eine Ampel zwingend erforderlich für eine Raumluftüberwachung? Reicht heute nicht mehr der normale Menschenverstand?
- Warum wird bei der Modernisierung der Heizungsanlage im Sporthaus in Weetzen die weitaus teuerste Variante mit „Pelletheizung“ gewählt mit 56.000,00 €? Dies bedeutet nicht nur deutlich höhere Anschaffungskosten, sondern vor allem eine anfälligeren Anlage sowie höhere Wartungskosten.
- Warum müssen reihenweise Maßnahmen, von der Verwaltung selbst mit „Nutzerwünsche“ bezeichnet, jetzt durchgeführt werden?

Die schnelle Begründung, dass es sich um „alte Nutzerwünsche“ handle, die jetzt endlich umzusetzen seien, ist unbefriedigend.

Für uns, die die Hintergründe nicht kennen, klingt dieses sehr nach „Wunschkonzert“.

In Anbetracht der Finanzmisere hatten wir uns zuvor geeinigt, dass Baumaßnahmen auf das absolut Unabdingbare zu begrenzen sind, z.B. Gefahr für Leib und Leben, bei gesetzlichen Verpflichtungen, zur Vermeidung von ernsthaftem Substanzverlust.

Inwieweit die „Nutzerwünsche“ diese Kriterien beinhalten, ist Ihren Aufstellungen nicht zu entnehmen.

Haushaltsrede der CDU-Fraktion Ronnenberg am 16.12.2009

Die Redensart, „Jemandem die Würmer aus der Nase ziehen zu müssen“, war in den Ausschüssen gelebte Realität. Schade, vor allem unter diesem finanziellen Druck!

Dazu nochmals an den Herrn Bürgermeister gerichtet:

Es war und es ist keine Zumutung für die Verwaltung, mit ihrem detaillierten Sachverstand die Investitionen nochmals zu durchforsten! In anderen Kommunen wie Freiburg, Konstanz sowie auch in der Verwaltung des Landes Niedersachsen wurden die Mitarbeiter dazu aufgefordert – mit Erfolg!

Hat es etwas damit zu tun, das es wieder Anfang 2010 eine Haushaltssperre geben wird?

3 Verschuldung

Was für den privaten Haushalt gilt, das gilt auch für den Haushalt einer Stadt:

Einnahmen und Ausgaben müssen in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen. Denn nur ein ausgeglichener Haushalt sichert auf Dauer die Handlungsfähigkeit. Nur mit einem strukturell ausgeglichenen Haushalt lassen sich mittel- bis langfristig Verschuldungen abbauen und somit wieder Gestaltungsspielräume gewinnen.

Wir in Ronnenberg schaffen wieder einmal keinen ausgeglichenen Haushalt. Wir sind also wieder gezwungen ein „Haushaltssicherungskonzept zur schnellstmöglichen Wiedererlangung des Haushaltsausgleichs zu verabschieden“. Eine Aufgabe, die wir schon fast routinemäßig seit vielen Jahren erledigen.

Das bedeutet, dass bei der Pro-Kopf-Verschuldung der 20 Regionsstädte die Stadt Ronnenberg mal wieder auf dem zweiten Platz gelandet ist. Leider bei der Platzierung der höchsten Verschuldungen. In Ronnenberg beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung 1.650,00 €. Nur in Seelze sieht es noch schlimmer aus mit 3.323 € (Angaben aus Calenberger Zeitung vom 04.12.2009). Für Ende 2013 wird in Ronnenberg mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von € 2.772,00 gerechnet, weil der Neubau der Marie Curie Schule mit 15 Mio. € Kosten in den nächsten Jahren den Haushalt bestimmen wird. Doch zu dem Neubau komme ich später noch.

Die Schuldenschraube in Ronnenberg wird folglich immer weiter gedreht und die Handlungsspielräume von uns und künftigen Generationen werden erheblich eingeengt. Von John F. Kennedy stammt die Erkenntnis:

„Das Schicksal einer jeden Generation ist, dass sie unter Bedingungen leben muss, die sie nicht geschaffen haben.“

Bei überschuldeten Familien kommt zum Beispiel der Schuldnerberater Herr Peter Zwegat bei einer Fernsehsendung „Raus aus den Schulden“ und hilft Menschen, die nicht mehr in der Lage sind ihre Schulden zurückzuzahlen.

Aber wer hilft der Stadt Ronnenberg?

Was rät der Schuldnerberater den Überschuldeten?

Richtig, es ist ganz einfach: Ausgaben kürzen und streichen. Kurz gesagt: AUSGABEN SENKEN!

Manfred Bohr hat bei der letzten Haushaltsrede am 04.02.2009 darauf hingewiesen, dass wir wegen fehlender Einnahmequellen auf Sparsamkeit allergrößten Wert legen müssen.

Ich muss noch einmal auf die Äußerung von Ihnen, Herr Bürgermeister, zurückkommen über die Einsparung der Sitzungsgelder. In der Calenberger Zeitung vom 04.12.2009 wurden sie zitiert: „Zudem sei eine Einsparung von 0,0004 Prozent des aktuellen Defizits vernachlässigbar.“

Ich gebe Ihnen zum Teil Recht. Wie bereits in den Ausschüssen erwähnt, ist uns bewusst, dass wir damit nicht den Haushalt sanieren. Es handelt sich im Wesentlichen um ein „symbolisches Zeichen“ mit immerhin einer Ersparnis von ca. 15.000,00 €. Aber es ist zumindest ein Zeichen für den Sparwillen von CDU, FDP und Bündnis 90/Grünen.

Herr Bürgermeister, haben Sie und die SPD-Ratskollegen das Sparen bereits aufgegeben?

4 Einsparung bei Politikern

Wir haben gemeinsam mit der FDP und Bündnis90/Grünen die Streichung der Sitzungsgelder für Ratsmitglieder (13,00 € pro Sitzung) mehrheitlich unterstützt. Des Weiteren wurde der CDU Vorschlag, die Aufwandsentschädigungen der Fraktionsvorsitzenden auf einen Pauschalbetrag von 70,00 € zu reduzieren, von FDP und den Grünen unterstützt.

Bisher erhalten die Fraktionsvorsitzenden 17,23 € je Fraktionsmitglied. Die Wiedereinführung des Pauschalbetrages bedeutet eine jährliche Ersparnis von ca. 3.500,00 € und hat somit mehr einen „symbolischen Charakter“. Viele Menschen engagieren sich in Vereinen, in der Feuerwehr. Sie leisten ebenfalls einen erheblichen Beitrag für die Gesellschaft, ohne eine Aufwandsentschädigung zu erhalten. In allen Bereichen muss gespart werden und so sollten gerade die Ratsmitglieder mit gutem Beispiel voran gehen. Neben der finanziellen Ersparnis kommt es dabei insbesondere zum Bürokratieabbau und Wegfall von Tätigkeiten in der Verwaltung. Im Haushaltsplan haben Sie allein für die Bearbeitung der Sitzungsgelder 17 Arbeitstage angesetzt! Somit gibt es freie Kapazitäten und es können Aufgaben umverteilt werden.

Hinsichtlich der Höhe des Pauschalbetrages wurde mir von einem erfahrenen, langjährigen Fraktionsvorsitzenden der CDU Ronnenberg (der leider heute nicht hier sein kann) versichert, dass die anfallenden Kosten 70,00 € nicht übersteigen.

Sehr geehrte Damen und Herren von der SPD, in der Calenberger Zeitung war am 04.12.2009 zu lesen, dass Sie es als unfair empfinden, alle Fraktionsvorsitzenden gleichzustellen. Im Zeitalter von e-mails und Telefon- und Internet-Flatrates, kann ich nicht erkennen, dass ich mit 12 Fraktionsmitgliedern nennenswert mehr Ausgaben oder Aufwand habe, als jemand, der nur vier oder zwei Fraktionsmitglieder betreut.

Die SPD will kein Zeichen setzen. Sie fürchtet sogar, dass mit der Reduzierung der Aufwandsentschädigung ihre Wertschätzung bei den Einwohnern sinkt. Interessant!

Sehr geehrte Damen und Herren von der SPD, glauben Sie wirklich, dass die Wertschätzung der Kommunalpolitiker am Geld, welches sie erhalten, gemessen wird?

Wir sehen das anders. Die Wertschätzung hat etwas mit unserer Arbeit, unserem Engagement und den Inhalten zu tun. Vor allem aber mit dem, ob und inwieweit wir uns für die Belange der Bürger einsetzen und vor allem auch, wie wir mit den Steuergeldern umgehen, die nicht nur wir aufzubringen haben.

Und auch Herr Jung von den Freien Wählern hat sich in der Calenberger Zeitung am 08.12. und 15.12.2009 und geäußert, dass es ein falsches Signal sei, wenn die Ratsmitglieder bei sich selber sparen. Und er fragt sich außerdem, ob wir in Ronnenberg noch einen ersten Stadtrat benötigen.

Sehr geehrter Torsten Jung, wir sagen: Wir benötigen einen ersten Stadtrat! Und zwar genauso wie weitere 17 von 20 Städten in der Region. Neustadt am Rübenberge und Wennigsen (mit rund 14.000 Einwohnern) sind die einzigen Kommunen im ehemaligen Landkreis, die keinen ersten Stadtrat bzw. ersten Gemeinderat haben.

Außerdem läuft die Wahlperiode des derzeitigen Stadtrates erst in 2012 aus. Also erst nach der nächsten Kommunalwahl in 2011. Der heutige Rat würde also Entscheidungen treffen, die den nächsten Rat betreffen.

Übrigens: Auch der Bund der Steuerzahler hat die Absicht begrüßt, dass Ratsmitglieder auf ihre Sitzungsgelder verzichten wollen. In der Calenberger Zeitung am 11.12.2009 wurde der Vorsitzende Herr Zentgraf wie folgt zitiert: „Angesichts des Schuldenbergs ... kann es nicht hoch genug angerechnet werden, wenn Ratspolitiker sich bei eigenen Ansprüchen bescheiden“. Und dass er über die Bemerkung des Bürgermeisters irritiert ist können wir gut nachvollziehen...

5 Keine Steuererhöhung

Apropos Steuern:

Die CDU Fraktion im Rat der Stadt Ronnenberg hat bei ihren Haushaltsberatungen beschlossen, keine Steuererhöhungen vorzuschlagen oder mit zu tragen. Die Steuersätze sind in Ronnenberg bereits im obersten Bereich in der Region.

6 Ehrenamt

Bei der letzten Finanzausschusssitzung haben Sie, Herr Bürgermeister, die Ratskollegen gewarnt, die Streichung des Sitzungsgeldes sei eine fatale Botschaft. Zitat aus der Calenberger Zeitung vom 04.12.2009: „Das ist eine Herabwürdigung des Ehrenamtes.“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, unterscheiden Sie zwei Arten von Ehrenämtern? Zum einen die kommunalpolitischen, die mit Aufwandsentschädigungen belohnt werden dürfen und zum anderen diejenigen, denen Sie bis September 2009 nicht einmal eine Ehrenamtskarte zusprechen wollten!

Ich erinnere kurz: Die CDU Ronnenberg hatte bereits im November 2007 - also vor zwei Jahren - einen Antrag gestellt, die Ehrenamtskarte auch in unserer Stadt Ronnenberg für Ehrenamtliche einzuführen. Im Fachausschuss wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

In der Stadt Ronnenberg engagieren sich tausende von Bürgerinnen und Bürgern ehrenamtlich. Was sie leisten, ist unermesslich und unbezahlbar. Sie setzen sich ein in: Kindergärten, Schulen, für den Naturschutz, in kulturellen Einrichtungen, als Feuerwehrleute oder Sanitäter, für das Sozialwesen, für den Sport und viele andere Bereiche.

Wir begrüßen, dass die SPD einsichtig geworden ist und die Ehrenamtskarte nun unterstützen wird. Doch es ist mal wieder unverständlich, dass die SPD in zwei Gruppen bei Ehrenämtern unterscheidet.

7 Teilneubau Marie Curie Schule

Wir von der CDU sind nicht nur bereit, sondern fordern Sie, Herr Bürgermeister, und auch alle anderen Ratskollegen auf, über ein Projekt zu reden, welches aus unserer Sicht nicht vernachlässigbar ist. Es geht um den Teilneubau der Marie Curie Schule mit ca. 15 Mio. Euro.

Diese Baumaßnahme bewegt die Gemüter sehr stark. In Anbetracht der genannten 15 Mio. € ist das mehr als selbstverständlich.

Fest steht, so haben wir gemeinsam über viele Monate in Diskussionen entschieden, dass lediglich Reparaturen oder reine Sanierungsarbeiten nicht vertretbar sind. Man würde ebenfalls sehr viel Geld in die Gebäude stecken und hätte dann bestenfalls einen Schultrakt aus den 60er Jahren – nur neu.

Das kann aus fachlicher und aus wirtschaftlicher Sicht niemand ernsthaft wollen.

Genau so wenig wird – so hoffen wir – niemand ernsthaft wollen, dass ein „Nonplusultra“, ein „Traum“ von Schulbau entstehen kann. So ein Traum würde – mit unserer Hilfe – sehr schnell platzen...

Es ist müßig, hier und heute auf Details einzugehen. Wir erwarten:

- dass zunächst ein klares, nachvollziehbares Konzept auf den Tisch kommt,
 - dass ein (noch aufzustellendes!), so genanntes qualifiziertes Raum- und Ausstattungsprogramm vorgelegt wird. Dies wird zu diskutieren sein.
- Ohne eine ausführliche, abgestimmte Beschreibung dessen, was man will, könnte kein einziger Planer beauftragt werden – aber es liegt bislang nichts vor!
- Fach- und Sachverstand sollte frühzeitig eingekauft und eingesetzt werden. Wer trägt in der Verwaltung die Verantwortung?
 - Gedanken über Zeitabläufe, Organisationsplanung, mögliche Ausweichquartiere, ggf. aus Finanzierungsgründen erforderliche, sinnvolle Bauabschnitte etc.

Der beabsichtigten Einrichtung einer Lenkungsgruppe stimmen wir selbstverständlich zu. Sie wird die Baumaßnahme kritisch konstruktiv begleiten – zumindest von unserer Seite.

Die bisher genannten 15 Mio. € basieren auf einer „Grobkostenermittlung“. Nicht nur ein schlüssiger Entwurf kann diese Summe reduzieren, sondern vor allem die Disziplin der Auftraggeber bei ihren Forderungen und Wünschen – und das im frühesten Stadium.

Der Teilneubau darf kein „Wunschkonzert“ werden.

Die CDU wird ihren Beitrag, zu einem angemessenen Ergebnis mit Freude leisten!...

8 Bestattungswesen

Bei der Überprüfung der Dringlichkeit ist von uns auch der Kauf einer Erweiterungsfläche für den Ronnenberger Friedhof in Höhe von 180.000,00 € angezweifelt worden. Wir stellen uns die Frage, ob der Bedarf für die Erweiterung wirklich besteht.

Viele Bürger entscheiden sich immer häufiger für andere Bestattungsformen. Auch die Landesbischöfin und EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann hat in einem Interview der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung am 20.11.2009 erklärt, dass der Friedhof sich wandeln muss. Der Grund liegt darin, dass sich immer mehr für anonyme Bestattungen mit oder ohne eingelassene Rasenplatten oder andere Varianten entscheiden. In Hannover liegt der Anteil bei Feuerbestattungen bei 60 Prozent, in Wilhelmshaven bei 90 Prozent. In Hannover wird bereits jeder zweite nach der Einäscherung anonym bestattet. Die CDU Fraktion Ronnenberg hat übrigens bereits im Dezember 2007 – also vor zwei Jahren – einen Antrag gestellt, dass auf allen Friedhöfen in unserer Stadt eine anonyme Bestattung möglich ist.

Sobald das angekündigte Friedhofskonzept in 2010 vorliegt, müssen die veränderten Bestattungswünsche entsprechend berücksichtigt werden.

Verstehen Sie uns dabei jedoch bitte nicht falsch. Der Friedhof soll, nein er muss der Ort bleiben, an dem wir innehalten und uns unserer Verstorbener erinnern. Friedhöfe sind ausschließlich öffentliche Orte der Trauer für alle Menschen.

9 Berliner Straße

Wir wollen die Verkehrsbelastung in dem Zentrum von Empelde bereits seit mehreren Jahren erträglicher machen und fordern deshalb weiterhin den Weiterbau der Berliner Straße. In einem Verkehrsgutachten wird eine deutliche Entlastung der stark befahrenen Hirtenstraße, Breite Straße und Stille Straße prognostiziert. Eine Entlastung bedeutet auch sichere Wege für Fußgänger und Radfahrer, die diesen Bereich sehr stark nutzen. Viele Bürger, die umweltbewusst die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen, müssen diese viel befahrene Kurvenstraße in Empelde überqueren. Außerdem handelt es sich unter anderem um Schul- bzw. Kindergartenwege.

Wir haben aber auch Verständnis für die Bedenken der Anwohner in der Schmiedeberger Straße und Görlitzer Straße, die eine unzumutbare Lärm- und Abgasbelastung für die Bewohner fürchten. Die Themen Lärm und Abgasbelastung werden untersucht, wenn eine konkrete Planung eingeleitet wird. Dann wird es entsprechende Untersuchungen für alle angrenzenden Wohngebiete geben. Dies kann auch z.B. zu einem Lärmschutzwall führen.

10 Verschlankung der Verwaltungsspitze

Die Verschlankung der Verwaltungsspitze ist ein gemeinsames Ziel von CDU, FDP und Bündnis 90/Grünen. Bereits bei den letzten Haushaltsberatungen wurden im Januar 2009 die ersten Schritte in die Wege geleitet. Die Ebene der Verwaltungsleitung besteht derzeit aus sechs Personen, die auf drei Führungsebenen verteilt sind. Derzeit gibt es zwischen der Ebene Bürgermeister und den Fachbereichsleitern eine zusätzliche Ebene der „Geschäftsbereichsebene“. Die Einführung der Geschäftsbereichsebene hat der Rat zwar mehrheitlich mitgetragen, aber die Notwendigkeit dieser zusätzlichen Ebene ist erneut zu überprüfen.

Wir unterstützen mehrheitlich den Antrag der Grünen, d.h. die Verschlankung der Verwaltungsspitze, in das Haushaltssicherungskonzept aufzunehmen. In 2011 soll die Führungsebene um zwei Personen und damit auf vier Personen reduziert werden, also eine gestraffte Organisationsstruktur. Die bisherigen Mitarbeiter der Geschäftsbereichsebene können mit anderen Aufgaben – wie z.B. Fachbereichsleitung - betraut werden. Im Jahr 2011 geht eine Fachbereichsleiterin in Altersteilzeit. Dadurch wird eine Umstrukturierung in der Verwaltungsspitze erleichtert.

11 Personalkosten (Möglichkeiten der Reduzierung)

Wir erkennen an, dass bisher weggefallene Stellen grundsätzlich intern umgesetzt wurden.

Wir erwarten jedoch grundsätzlich weitere Überprüfungen bei Personalabgängen jeder Art, wie zum Beispiel Ruhestand, Altersteilzeit oder Kündigung. Jeder Arbeitsplatz ist bezüglich des Aufgabenvolumens bzw. der Tätigkeiten, d.h. der Umverteilung von Tätigkeiten, zu untersuchen. Dies ermöglicht eine sozial verträgliche Stellenreduzierung

12 Überprüfung Verwaltungsabläufe

Auch Verwaltungsabläufe sollten aus unserer Sicht weiterhin überprüft werden. Deshalb haben wir in den Ausschüssen die Frage gestellt, ob die bisherigen Selbsteinschätzungen nicht einer neutralen Überprüfung unterzogen werden sollten. Dies könnte z.B. durch einen Prüfauftrag für Personalbedarf in der Verwaltung an eine Unternehmensberatung erfolgen.

Dabei ist natürlich zuerst zu klären, welche Kosten ein entsprechender Prüfauftrag verursachen würde.

Eine Besoldungsdiskussion soll dabei nicht geführt werden.

13 Ideenmanagement

Gute Mitarbeiter sind uns wichtig. Dass wir sie bereits haben ist uns bewusst, aber sie sollten auch motiviert und eingebunden werden, insbesondere in Einsparungsprozessen. Die Mitarbeiter sollen nicht das Gefühl bekommen, sie würden „bestraft“, wenn etwas gekürzt wird, sondern sie sollen sich in den Prozessen mit einbringen.

Und wie funktioniert das am Besten? Mit Motivation!

Wir fordern die Verwaltung auf ein Vorschlagswesen einzuführen, welches Einsparungsvorschläge regelt und angemessen honoriert. Die Mitarbeiter sollen bei Verbesserungsvorschlägen belohnt werden.

14 Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit

Wie jedes Jahr von Manfred Bohr vorgetragen, schlägt die CDU auch jetzt wieder vor, die interkommunale Zusammenarbeit unbedingt weiter zu verfolgen. Möglichkeiten sehen wir in den Bereichen:

- Gemeinsame mobile Geschwindigkeitsanzeigen und Kontrollen,
- Überwachung des ruhenden Verkehr und
- Ferienpassaktionen.

15 Stärkung der Familien

Familien sind uns wichtig. Unter anderem deswegen lehnen wir auch die „Resolution des Rates zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ ab, in der die Landesregierung aufgefordert wird das Gesetz abzulehnen. Gewinner des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes sind insbesondere die Familien.

Die Familienfreundlichkeit einer Stadt wird im Übrigen ebenso wie die Bildungs- und Betreuungsangebote in Zukunft ein wichtiger Standortfaktor für die Attraktivität der Kommunen sein.

16 Grundschulen zur Ganztagschule

Wir erkennen an, dass sich die gesellschaftlichen Bedingungen geändert haben. Die Landesregierung unterstützt den Ausbau von Ganztagschulen bei Grundschulen. Dabei ist jedoch unbedingt zu überprüfen, ob ein Bedarf besteht. Der Elternwille ist unbedingt zu berücksichtigen.

Aber: Ganztagschulen führen auch zu Veränderungen in der Gesellschaft, d.h. die Jugendarbeit ist insbesondere Spätnachmittags und an frühen Abenden erforderlich. Aber auch die Nutzung von Freizeiteinrichtungen, wie zum Beispiel das Freibad in Empelde oder die Spielplätze, wird sich ändern.

17 Keine Übernahme der Sportstätten durch Sportvereine

Eine Übernahme der Sportstätten durch Sportvereine ist ohne die Unterstützung und den Willen der Sportvereine nicht möglich. Es kann nur in Zusammenarbeit und mit entsprechenden Gesprächen mit den Vereinen vor Ort geschehen. Wir können die Vereine nicht zwingen. Außerdem ist die Nutzung durch die Schulen zu berücksichtigen.

18 Freibad

Das Freibad in Empelde kostet die Stadt Ronnenberg sehr viel Geld. Es ist eine freiwillige Leistung, aber wir von der CDU sind mehrheitlich dafür, dass eine Schließung – trotz der großen Defizite - die allerletzte Möglichkeit ist.

Die CDU hat in den Ausschüssen die Verwaltung gebeten zu überprüfen, ob es möglich ist, das Betreiber von Freibädern bzw. Schwimmbädern aus anderen Kommunen bereit sind, das Freibad Empelde zu übernehmen.

Des Weiteren soll die Verwaltung überprüfen, ob das so genannte „Genossenschaftsmodell“ möglich ist bzw. erklären, warum es in Ronnenberg nicht anwendbar sein soll.

In vielen Kommunen engagieren sich Bürger in Genossenschaften, um Schwimmbäder zu retten. In Nörten-Hardenberg bei Göttingen wird bereits seit 2005 das ehemals kommunale Bad in Form einer Genossenschaft geführt. Seitdem haben sich die Einnahmen verdreifacht. Genossenschaften arbeiten oft besser als Kommunen: Niedrigere Kosten, mehr Transparenz und Mitbestimmung sind wesentliche Vorteile. Verbilligter Eintritt für Mitglieder der Genossenschaft kann ein Anreiz sein (Handelsblatt: „Bürger schwimmen sich frei“ vom 28.10.2009).

Deshalb unterstützen wir auch den Antrag der FDP, der Verwaltung einen Prüfauftrag zu erteilen, mit dem Ziel, das Freibad in einen Trägerverein, oder ähnlichen Organisation, überzuleiten.

19 Spielplätze

In der Hannoverschen Allgemeine Zeitung vom 14.11.2009 war zu lesen, dass in dem kinderarmen Goslar Spielplätze geschlossen und verkauft werden sollen.

Im Rahmen des Konzeptes für Spielplätze fordern wir wie die FDP für das Stadtgebiet Ronnenberg eine Überprüfung der Spielplätze hinsichtlich Nutzungsverhalten, aber auch, ob eine Nutzungsänderung möglich ist. Das gesellschaftliche Umfeld hat sich verändert. In einigen Wohngebieten leben derzeit mehr ältere Einwohner als junge Familien. In diesen Wohngebieten bietet es sich an, den Spielplatz in ein Seniorentreff umzuwandeln.

20 Büchereien

Im Stadtgebiet Ronnenberg ist die Nutzung der Büchereien zurückgegangen. Insbesondere sind Ausleihungen an Kinder in Empelde zurückgegangen und zwar seit dem Umzug von der Marie Curie Schule in die Stille Straße im September 2006.

Deshalb fragen wir die Verwaltung:

- Welche Möglichkeiten gibt es, die Stadtbüchereien bei Kindern und Jugendlichen bekannter zu machen?
- Wie sieht es mit Werbung für die Büchereien in den Schulen aus?
- Können weitere Veranstaltungen angeboten und die Mitarbeiter der Büchereien unterstützt werden, wie zum Beispiel mit weiteren Lesungen und Vorstellung von Büchern?

21 Ausblick und Dank

Bei der Beurteilung der kommunalen Finanzsituation darf der Blick nicht nur auf die Einnahmeseite gerichtet sein. Nachhaltige Haushalts-Konsolidierung muss auf der Ausgabenseite ansetzen. Dies bereitet jedoch weder Freude, noch schafft es Freunde.

Wir müssen uns von einer Vorstellung verabschieden, dass der Wert eines Bereiches daran gemessen werden kann, wie viel Geld wir ihm zuteilen.

Während der Haushaltsberatungen ist an manchen Stellen wieder deutlich geworden, dass sich Parteien von einander unterscheiden. Der gravierende Unterschied liegt darin, dass **wir** uns den Bürgerinnen und Bürgern, und zwar allen, verpflichtet fühlen ihre Interessen in der Kommunalpolitik zu vertreten. Denn dafür, und nur dafür, haben wir das Mandat auf Zeit von ihnen erhalten.

Die Haushaltsberatungen haben sich teilweise als schwierig gestaltet. Deshalb wird die CDU Fraktion Ronnenberg dem Haushalt mehrheitlich **nicht zustimmen**.

Unser großer Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die sich der Aufgabenkritik aus den letzten Haushaltsberatungen gestellt haben. Mit der Vorstellung des vierten NKR-Haushaltsplanes ist es Ihnen gelungen den Haushalt, das umfangreiche Werk mit 1.001 Seiten verständlicher und strukturierter darzustellen. Aus unserer Sicht hat es sich bewährt, den gewünschten Fahrplan zu den Haushaltsberatungen umzusetzen:

- Einbringung des Haushaltes am 19.10.2009 (auch wenn dies bis zum 30.09.2009 erfolgen sollte),
- Erläuterungen der Verwaltung in einem Sondertermin vor den Klausurberatungen in den Fraktionen und
- ein vollständiger Haushalt inklusive Stellenplan zu Beginn der Haushaltsberatungen.

Wir danken allen Mitarbeitern in den Ämtern, Dienststellen und der städtischen Gesellschaft der Stadt Ronnenberg.

Danken möchten wir auch allen Bürgern, die sich in den vergangenen Jahren ehrenamtlich eingebracht haben und engagiert haben.

Letztlich danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion für ihre Unterstützung.

Ihnen allen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.